

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt gratuliert
Herbert Wehner zum 75.
Geburtstag. Seite 1

Helmut Rothemund MdL gibt
einen Ausblick auf den CSU-
Parteitag: Strauß tagt.
Seite 3

Antje Huber MdB stellt
fest, daß der Union wei-
terhin die junge Genera-
tion wegläuft: Die CDU
sucht den Dialog.
Seite 4

Horst Seefeld MdEP kriti-
siert die Entscheidung des
Europa-Parlaments in der
Sitzfrage: Eine Chance
vertan. Seite 5

Manfred Schmidt MdB warnt
vor der Verharmlosung der
Neonazis: Helmut Schmidts
Regierungserklärung muß
realisiert werden!
Seite 6

Marie Schlei MdB weist die
Kritik an der Moskau-Reise
zurück: Kohl sollte auf
Willy Brandt zugehen.
Seite 8

Dokumentation
Die Heidelberger Erklä-
rung. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 127

9. Juli 1981

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-lands, Willy Brandt, hat anlässlich des 75. Geburtstages des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, an den Jubilar folgenden Glückwunsch gerichtet:

Lieber Herbert,

persönlich und für unseren Parteivorstand verbinde ich mich mit all denen, die Dir zu Deinem halbrunden Geburtstag am Sonnabend aufrichtige Glückwünsche übermitteln möchten. Meine guten Wünsche gelten vor allem anderen Deinem persönlichen Wohlergehen.

Dir wird in diesen Tagen von vielen Seiten zu recht be-scheineigt, wieviel Du für unsere Bundesrepublik geleistet hast. Für die Mitglieder unserer Partei kommt hinzu, was Du für unsere Partei bewirkt hast und bedeutest. Für manche von uns kommt hinzu, daß wir Dein Suchen und Mühen seit der Arbeiterbewegung der Zwanziger Jahre bis zum heutigen Tag als ein Ganzes sehen. Und ich beziehe hier natürlich den ver-zweifelten Kampf gegen die verderberische Hitlerei ausdrück-lich mit ein.

Es hat sich so ergeben, daß wir beide nicht immer einer Mei-nung waren. Andere, die sich bis zum Überdruß darüber aus-gelassen haben, konnten oder wollten nicht sehen, wie eng wir über wichtige Wegstrecken Gemeinsames erstrebt und auch zu-standegebracht haben.

Das gilt zumal für die Erneuerung unserer Partei und für Ihre Rolle im Ringen um die fortschreitende Verwirklichung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Ich denke, wir wissen auch miteinander, wie wichtig es in einer neuen



kritischen Phase ist, daß das Bündnis von Codesberg gesichert, angereichert und weiter nach vorn entwickelt wird.

Du hast mir wertvolle Unterstützung zuteil werden lassen, als ich vor nunmehr fast 25 Jahren die Verantwortung in Berlin zu übernehmen hatte. Und Du bist unermüdlich geblieben, wo immer es darum ging, nationale Substanz bewahren zu helfen und vielen Einzelnen im geteilten Deutschland das Leben etwas leichter zu machen. Du hättest, wir hätten gern mehr erreicht. Aber daß wir nicht ergebnislos blieben, ist mir erst wieder so recht klar geworden, als ich mich aus Anlaß des frühen Todes von Horst Korber daran erinnerte, aus welcher Ausgangslage Ende 1963 beispielsweise das erste Passierscheinabkommen in Berlin ausgehandelt wurde.

In wenigen Monaten werden 15 Jahre vergangen sein, seit wir miteinander in die Bundesregierung eintraten. Du hast damals und häufig davor an den Satz Schumachers erinnert, daß wir Politik zu machen haben, damit sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen. Inzwischen weiß man, daß die unser Volk und die anderen Völker bedrohenden Gefahren noch unermesslich übertreffen, was der Menschheit schon widerfahren ist. Daraus haben wir die Folgerungen gezogen für unsere Verankerung im westlichen Bündnis und im Ringen um ein möglichst gutes Verhältnis zu den Nachbarn im Osten, vor allem aber auch durch die Arbeit an Europa in allen seinen Dimensionen.

Laß mich - unbelastet durch nicht immer nur oberflächlichen Unterschiedlichkeiten - Dank sagen für das, woran Du über die Jahrzehnte hinweg für die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie, im Interesse unseres Volkes und unseres Staates gearbeitet hast, und zwar in Deinem strengen Verständnis von Pflichterfüllung.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

Willy Brandt

(-/9.7.1981/ks/ca)

+ + +



Strauß tagt

Der CSU-Parteitag ist als Jubelfeier programmiert

Von Dr. Helmut Rothemund MdL
SPD-Landesvorsitzender in Bayern

Man erinnere sich: Der CSU-Parteitag 1979 behandelte 82 Anträge und zwei Programme in 45 Minuten (ohne Diskussion, versteht sich) - so schnell, daß die Beobachter ihre liebe Not hatten zu notieren, wohin die Papiere "verwiesen" wurden.

Man erinnere sich weiter: Der CSU-Parteitag 1980 war geprägt durch CDU- und CSU-Prominenz, die dem später so kläglich gescheiterten Kanzlerkandidaten huldigte. Inhaltliche Diskussion von Anträgen? Fehlanzeige.

In diesem Jahr soll es nun einmal ganz anders werden, heißt es schon seit Wochen aus der CSU-Landesleitung: 105 Anträge stehen vorläufig auf dem Papier und sollen dem Vernehmen nach auch diskutiert werden, aber es wird, wie "General" Stoiber bereits vorher und wohl auch an die Adresse der Delegierten gerichtet, warnt, im Gegensatz besonders zur SPD "keine ausufernden Grundsatzdiskussionen geben". Wer sich also allzuviel inhaltliche Diskussion erwartet hat, wird enttäuscht werden. Allenfalls wird der von Strauß nicht sonderlich geliebte Kultusminister Maier einige Hiebe seitens des CSU-Nachwuchses einstecken müssen, doch das Verfahren ist vorprogrammiert. Wie schon bisher in der CSU, werden die 105 Anträge wohl in ihrer überwiegenden Mehrheit an die diversen CSU-Gremien verwiesen und damit der Aufmerksamkeit und dem Blickfeld einer mehr oder weniger Interessierten Öffentlichkeit entzogen werden. Abweichter wie Friedensforscher Alfred Mechttersheimer wurden von Stoiber vorsorglich bereits als Außenseiter, als "Exoten innerhalb der CSU" klassifiziert, mit denen abzugeben man wohl sich Zeit und Mühe sparen wird. Ebenso wird es wohl dem zweiten Andersdenkenden in der 174.585 Mitglieder zählenden Partei, Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer, mit seinen kritischen Anmerkungen zur Kernenergie gehen.

Die SPD hat erhebliche Zweifel, daß für die 105 Anträge mehr Zeit zur Verfügung steht als für die Selbstbeweihräucherung des bayerischen Ministerpräsidenten, obwohl der Parteitag diesmal drei Tage sich hinschleppen soll. Denn bereits jetzt ist erkennbar: Der Parteitag wird zum Strauß-Tag. Alle, die geeignet schienen, Strauß zuzufeln - von Stoiber über Zimmermann, Lang und Goppel bis hin zu Kohl, den Strauß bis 1984 bundespolitisch in Ruhe zu lassen gedenkt (offiziell zumindest) - wurden eingeladen. Und damit ja keine Minute des Parteitages ausgelassen wird, Strauß als große Integrationsfigur innerhalb der Unionsparteien darzustellen, findet auch noch die 20jährige Amtstätigkeit des CSU-Vorsitzenden ihren Niederschlag in einer Feier.

Fazit: Drei Tage Strauß-Tage, in denen der CSU-Chef von 1.000 ausgewählten Claqueuren hochgejubelt wird und dazu auch selbst sein Schärfelein in Form eines vermutlich dreistündigen bundespolitischen und weltpolitischen Grundsatzreferats beitragen kann. Der bayerische Ministerpräsident in Strauß wird wohl, - wie schon in den vergangenen Jahren - geistig nicht vertreten sein. (-/9.7.1981/ks/ca)

+ + +



Union sucht Dialog mit ihrer Jugend

Der CDU läuft die junge Generation auch künftig weg

Von Antje Huber MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

Zwei Tage lang haben Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Unionsparteien, einige Experten und eingeladene Jugendliche aufgewendet, um über die "Zukunftschancen der jungen Generation" zu diskutieren. Betrachtet man die Ergebnisse, erscheint der Aufwand mehr als zweifelhaft, zumal man von Anfang an hätte sagen können, daß diese Ergebnisse nur so und nicht anders aussehen konnten. Denn die Union hatte neben den kirchlichen Jugendverbänden als Vertreter der Jugend nur Mitglieder ihr nahestehender Organisationen wie JU, RCDS und Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft eingeladen.

Die sogenannten "aktuellen politischen Weichenstellungen" zur Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation ("Strategien zur Erhaltung des Friedens, der Sicherung der Umwelt... sowie der Sicherung der beruflichen Lebenschancen unserer Jugend") entpuppen sich als politische Selbstverständlichkeiten, die seit langem auf dem Arbeitsprogramm der sozialliberalen Bundesregierung stehen.

In der Praxis wird die von der Union geforderte "möglichst qualifizierte und differenzierte Aus- und Weiterbildung" beim Thema "Gesamtschule" nicht umgesetzt.

Das Jugendhilfegesetz, das seit langem unter anderen von Sachkundigen aller Lager nachdrücklich gefordert wird, ist in der letzten Periode an der Halsstarrigkeit der Union gescheitert.

In der Medienpolitik fordert die Union lautstark den Dialog in der Familie; in der Praxis ist sie aber nicht dagegen, daß dieser Dialog durch eine Inflation des Fernsehangebots durch "private" Anbieter unterbunden wird.

In ihrer Jugendstudie hat sich die CDU darüber beklagt, daß ihr die junge Generation wegläuft. Die jüngste Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion wird daran nichts ändern.

(-/9.7.1981/va-he/oa)

+

+

+



Eine Chance vertan

Das Europäische Parlament hatte Angst vor der eigenen Courage

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten in der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Aus der Entscheidung über einen Arbeitsort des Parlaments wurde nichts. Eine Mehrheit, hauptsächlich aus Christdemokraten, Liberalen und Franzosen, mit Unterstützung von Einzelkämpfern verschiedenster politischer Couleur bestehend, stimmte mit 187 gegen 118 Stimmen für die Reduzierung von drei auf zwei Arbeitsorte. Luxemburg wurde als Sitzungsort geopfert - in Straßburg will man vorerst weiterhin die Plenartagungen abhalten, während sich Fraktionen und Ausschüsse in der Regel in Brüssel treffen werden.

Von der großen Ankündigung, wenn die Regierungen bis Juni 1981 in der Sitzfrage nichts bewegt hätten, würde man das selber tun, blieb wenig übrig. Die Mehrzahl der Abgeordneten hatte Angst vor der eigenen Courage und ging hinter die bisherige Forderung zurück.

Wer die Regierungen künftigt angreift, weil sie nichts zustande bringen, muß nun vor der eigenen Tür kehren. Das Europäische Parlament hat leider bewiesen, daß es auch nicht besser ist, als die Regierungen, die es kritisiert.

Die Entscheidung der Mehrheit hält den "Wanderzirkus" des Europäischen Parlaments aufrecht, Gelder werden weiterhin verschwendet, die Effizienz des Europäischen Parlaments wird nicht verbessert, auf die Gesundheit und Lebensqualität von Bediensteten und Abgeordneten wird nach wie vor keine Rücksicht genommen.

Eine endgültige Entscheidung, die man irgendwann anstreben will, wird lange auf sich warten lassen. Die Regierungen brauchen sich nach der Abstimmung des Europäischen Parlaments bei der Festlegung eines einheitlichen Sitzes für die Institutionen des Europäischen Parlaments nicht zu beeilen; Vom Europäischen Parlament droht in dieser Frage vorerst keine Gefahr.

(-/9.7.1981 /hi/ca)

+ + +



Die Neonazis nicht verharmlosen!
-----**Helmut Schmidts Regierungserklärung muß realisiert werden****Von Manfred Schmidt MdB****Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages**

13 Prozent der wahlberechtigten bundesdeutschen Bevölkerung haben ein geschlossenes rechtsextreames Weltbild, so lautet die Kernaussage der vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebenen Studie des Sinus-Instituts. Eine alarmierende Zahl! Den schleswig-holsteinischen CDU-Innenminister Barschel beeindruckte das weiter nicht. Er machte es sich einfach und sprach von einer "Beleidigung unseres Volkes" durch das Sinus-Institut. Die Konservativen wollen offenbar weiterhin bei ihrer Strategie der Verharmlosung bleiben, so wie ihnen das der Bundestagspräsident vorexerziert. CSU-Mitglied Stücklen ließ auf Anfrage der Zeitschrift "Tribüne" durch sein Büro erklären: "Herr Stücklen ist der Auffassung, daß es einen ernstzunehmenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nicht gibt."

Was muß denn noch alles passieren, um deutlich zu machen, daß die Neonazis immer militanter, immer dreister werden? Nazipropaganda wird auf empörende Art und Weise in aller Öffentlichkeit betrieben.

Helmut Schmidt hat deshalb in seiner Regierungserklärung gesagt: "Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Neonazismus bei uns gefährlich auflebt. Gesetzeslücken, die bei der Verfolgung neonazistischer Aktivitäten zutage getreten sind, müssen geschlossen werden." Und es gibt große Lücken im Gesetz:

- o In der Bundesrepublik wird massenweise aus dem Ausland, insbesondere den USA, ungehindert Nazi-Material eingeführt.
- o Der Staat hat keine strafrechtlichen Möglichkeiten, gegen die Verharmlosung und Verherrlichung nationalsozialistischer Gewalttaten in einschlägigen Zeitschriften und Traktaten vorzugehen. Es geht nicht an, daß Neonazis die niederträchtige Behauptung verbreiten können, im Dritten Reich hätten keine Vergasungen stattgefunden und Broschüren unter der Überschrift "Auschwitz-Lüge" herausgegeben, ohne Gefahr zu laufen, von Amts wegen verfolgt zu werden.

Die SPD hat die Aussage Helmut Schmidts in der Regierungserklärung sehr ernst genommen und einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den angesprochenen Mißständen abhelfen soll. Die Kritik von der CDU/CSU an unserem Vorhaben zeigte wieder einmal, welcher Geist sich dort breitgemacht hat. Benno Erhard, CDU-Rechtspolitiker, erklärte, es sei schwer einzusehen, warum man bestimmte Bücher, zum Beispiel "Mein Kampf", im Ausland drucken dürfe, nicht aber in Deutschland. Eine infame Frage angesichts der Auflagenhöhe, die "Mein Kampf" in Deutschland schon einmal erreicht hatte. Der rechtspolitische Sprecher der CSU, Fritz Wittmann, machte es noch etwas schlimmer. Er sagte, unter der Roten Fahne und dem Sowjetstern geschehe mehr Gewalttätiges als unter dem Emblem der NS-Zeit. Dieser Herr Wittmann will sich offensichtlich an der Kampagne zur Verharmlosung der nationalsozialistischen Greuelthaten beteiligen.



Aber auch die FDP, die sonst nicht müde wird zu betonen, daß die Regierungserklärung Wort für Wort erfüllt werden müsse, hat kalte Füße bekommen. Plötzlich haben es die Freien Demokraten mit dem Kampf gegen den Neonazismus nicht mehr so eilig. Da wird vorgebracht, man müsse auch die Verherrlichung der Verbrechen des Stalinismus unter Strafe stellen.

Ein unverständliche Forderung, da der Stalinismus in der Bundesrepublik niemals eine Rolle gespielt hat. Es drängt sich der Verdacht auf, daß hier eine notwendige Reform durch unsinnige Forderungen verzögert werden soll.

Die Vorgänge um den Papst-Attentäter und türkischen Faschisten Agca zeigen deutlich: Wir müssen den Extremismus von rechts schärfer bekämpfen - und das trotz und gerade weil der bayerische Ministerpräsident eifrig Kontakte mit türkischen, aber auch mit anderen in- und ausländischen Rechtsextremisten pflegt. Ich erinnere da nur an das Treffen von Strauß mit Faschistenführer Türkesch, dessen Umfeld auch der Papst-Attentäter zugerechnet wird.

Auch in der Bundesrepublik greifen die Neonazis immer häufiger zu brutaler Gewalt. Die schlimmsten Straftaten des Jahres 1980 waren die sieben Sprengstoff- bzw. Brandflaschenanschläge der "Deutschen Aktionsgruppe" des Rechtsanwalts Roeder auf Ausländerwohnheime: zwei Tote, zwei Verletzte; das Bombenattentat des Studenten Köhler in München: 13 Tote, über 200 Verletzte; die Mordtaten des Lagerarbeiters Schubert an der schweizerischen Grenze: zwei Tote, zwei Verletzte.

Der Deutsche Bundestag muß ein Zeichen dafür setzen, wie ernst der Gesetzgeber den Kampf gegen den Rechtsradikalismus nimmt. Er muß den Strafverfolgungsorganen die notwendigen gesetzlichen Mittel an die Hand geben. Nur gesetzliche Möglichkeiten allein reichen nicht, sie müssen auch genutzt werden. Ich habe immer wieder den Eindruck, daß manches Gericht und manche Staatsanwälte Rechtsextremisten mit Samthandschuhen anfassen, ihre Verfolgung nur halbherzig betreiben Neonazis verbuchen Toleranz, die ihnen aus Angst oder Gleichgültigkeit entgegengebracht wird, als Stärkung ihres Selbstbewußtseins. Sie nehmen sich um so mehr heraus, je sicherer sie sich der Tatenlosigkeit ihrer Umgebung sein können.

Das sollte auch endlich die FDP erkennen und mit uns gemeinsam an verschärften Bestimmungen gegen Neonazis arbeiten.

(-/9.7.1981/ks/ca)

+ + +



Kohl sollte auf Willy Brandt zugehen

Kritik an der Moskau-Reise zeigt wenig Einsicht in die Verantwortung

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Den konservativen Wortführern in der Außenpolitik der Union gebricht es an Sachlichkeit und Objektivität: Der ganze Stil der persönlichen Beleidigungen, Verdächtigungen und Verunglimpfungen der Reise Willy Brandts nach Moskau offenbart, daß diesen Herren die sonst so gerne vorgezeigte nationale Gesinnung absolut fehlt. Der CDU-Vorsitzende Kohl erklärte: "Die Bundesregierung bleibt das für die Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik ausschließlich verantwortliche Organ." Welche seltsame Auffassung von der Rolle der Parlamentarier in einer parlamentarischen Demokratie?

Wie anders denn wäre unsere Berechenbarkeit zu begründen und darzustellen als durch den Dialog mit der Sowjetunion, deren außenpolitische Schritte in der jüngsten Zeit sie uns als unberechenbar erscheinen ließen? Wie sollten wir sie "berechnen" können, wenn wir uns nicht der Mühe unterzögen, ihre Interessen, ihre Motive und ihre Absichten zu erfahren? Wie anders könnten wir Einfluß nehmen auf fehlerhafte Analysen unserer Interessen und damit auch außenpolitische risikoreiche Entscheidungen der Sowjetunion als durch die offene Interpretation unserer Position und die schonungslose Kritik des Verhaltens der anderen Seite?

Der Wert des Gesprächs liegt allein schon darin, daß beide Seiten den Dialog pflegen, nicht abreißen lassen, daß sie sich informieren über Positionen in dieser für unser Volk und für ganz Europa lebenswichtigen Frage der Abrüstung und der Erhaltung des Friedens. Wer soll diesen Dialog führen? Einem eiskalten Anti-Kommunisten, der nicht einmal in der Lage wäre, seine eigenen nationalen Galoschen anzuziehen, geschweige denn die russischen, demwürden einige Leute wohl sofort ein Mandat geben. Ist es aber Willy Brandt, der in Moskau kraft seiner großen internationalen Ansehens die Sowjetführung eingestimmt hat auf eine für die Abrüstung dringend notwendige konditionslose Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft, dann darf natürlich nicht er das Mandat haben, sondern, wie Herr Kohl es will, allein die Bundesregierung. Nimmt sich diese Regierung aber im kleineren nationalen Bereich selbst das Mandat zu Konsultationen mit der DDR in derselben Frage, dann wird es ihr selbstredend abgesprochen.

Wer könnte es aber besser als der Mann, der die historischen Bemühungen der sozial-liberalen Koalition vorantrieb, nach der Versöhnung mit den westlichen Nachbarn, auch den Ausgleich mit unseren Nachbarn zu suchen und damit den Frieden in der Welt sicherer zu machen, der wie kein anderer Deutscher in Ost und West und in der Dritten Welt Ansehen und Vertrauen genießt?

Willy Brandt hat durch sein Tun dem deutschen Volk wieder Achtung gerade bei den Völkern verschafft, die unter den von uns zu verantwortenden historischen Ereignissen am meisten zu leiden hatten.

Daß Willy Brandt dafür die höchste Ehrung der europäischen Völker zuteil wurde, macht uns stolz. In jedem anderem Land würde dies auch den Oppositionsführer stolz stimmen.

Das Attribut "Nachrüstungspartei" sollte Herr Kohl abzubauen versuchen, indem er wie ein Demokrat auf Willy Brandt zugeht, um sich bei ihm über seine Gespräche in Moskau voll informieren zu lassen.

(-/9.7.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Mehr als 30 namhafte Persönlichkeiten haben in den vergangenen Tagen die Heidelberger Erklärung unterzeichnet, die auf eine Initiative des SPD-Kreisverbandes Rhein-Neckar zurückzuführen ist. Zu den Unterzeichnern zählen die Wissenschaftler Walter Jens und Klaus von Beyme, Künstler wie Klaus Staeck und Walter Gillich, Kirchenrepräsentanten wie Angelika Zeller (Pax Christi) und Norbert Greinacher, Gewerkschafter wie Werner Vitt und Else Schmitt sowie Politiker (Ien von den Heuvel, Gerd Walter und Gert Weiskirchen sowie Heidemarie Wiczorek-Zeul).

Heidelberger Erklärung

Wir wenden uns an alle, die Verantwortung tragen in den Regierungen, den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, in den Kirchen und Verbänden, an alle Menschen in Ost und West.

Wir sehen in verzweifelter Sorge

- o daß die Politik der Entspannung verdrängt wird durch den Versuch, militärische Überlegenheit der einen Supermacht über die andere zu erzwingen
- o daß die neue Generation hoch präziser atomarer Mittelstreckenwaffen einen auf Europa begrenzten Atomkrieg wahrscheinlicher macht
- o daß von westeuropäischen Ländern aus die Lebenszentren der Sowjetunion direkt atomar bedroht werden können
- o daß dadurch zum ersten Mal in der Geschichte die Existenz unserer Völker in der Mitte Europas tödlich bedroht ist.

Wir alle werden verlieren, wenn es uns nicht gelingt, den Rüstungswahn zu beenden. Weil wir an der Hoffnung festhalten, daß der Friede unter den Menschen ohne Waffen möglich ist, rufen wir dazu auf, Feindbilder abzubauen und gemeinsam und entschlossen nach wirklichen Abrüstungswegen zu suchen.

Wir fordern von den Regierungen der USA und der UdSSR

- Verhandeln Sie sofort mit dem Ziel, eine weitere Eskalation des Rüstungswettlaufs zu vermeiden
- Frieren Sie alle atomaren Vernichtungspotentiale ein
- Verzichten Sie auf eine weitere Aufstellung von SS 20
- Verzichten Sie auf die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing 2 im dichtbevölkerten Europa
- Reduzieren Sie bereits stationierte SS 20 und das westliche nukleare Mittelstreckenpotential auf U-Booten und in Bombern (FBS)

Wir fordern die Regierungen in Ost und West auf

alle nur möglichen Schritte zur Begrenzung der Rüstung zu unternehmen. Als erstes Verhandlungsergebnis erwarten wir, daß keine weiteren atomaren Raketensysteme stationiert werden. Jeder von uns in West und Ost muß lernen, bereit zu sein zum ersten Schritt, der zur Abrüstung führt.

So kommen wir unserem Ziel näher: einem atomwaffenfreien Europa.Wir appellieren an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger:

widersetzen Sie sich der weiteren Aufrüstung;
diskutieren Sie darüber mit Ihren Bekannten, am Arbeitsplatz, mit Politikern.
Arbeiten Sie mit in Gruppen, die sich dem Frieden verpflichtet haben.

Lassen wir es nicht zu, daß unsere Völker den Weltmachtplänen der Supermächte geopfert werden!
(-/9.7.1981/ks/oa)

+ + +

